WELT ONLINE
URL: http://www.welt.de/politik/article3487992/NPD-will-gegen-Millionenstrafe-vor-Gericht-ziehen.html

Rechtsextreme

NPD will gegen Millionenstrafe vor Gericht ziehen

2. April 2009, 09:52 Uhr

Die finanzielle Not der NPD wird immer größer. Die rechtsextreme Partei muss wegen eines fehlerhaften Rechenschaftsberichts insgesamt 2,5 Millionen Euro Strafe zahlen. Die NPD äußerte Unverständnis für die Entscheidung des Bundestages und kündigte an, Rechtsmittel gegen die Strafe einzulegen.

Die rechtsextreme NPD will die vom Bundestag verhängte Strafzahlung in Millionenhöhe nicht akzeptieren. „Natürlich werden wir Rechtsmittel einlegen“, sagte NPD-Generalsekretär Peter Marx in Schwerin. Den wegen eines fehlerhaften Rechenschaftsberichts geforderten Betrag von 2,2 Millionen Euro habe die Partei nicht in ihrer Kasse. „Dass der Bundestag sich getäuscht fühlt über die Höhe von Zahlungen, die er selbst getätigt hat, ist nicht gerechtfertigt“, meinte Marx.

Der rechtsextremen NPD droht der finanzielle Kollaps. Die Partei muss wegen eines fehlerhaften Rechenschaftsberichts bis zum 1. Mai 2,2 Millionen Euro Strafe zahlen. Das teilte der Bundestag wenige Tage vor dem geplanten NPD-Parteitag in Berlin mit. Erwartet wird, dass auf dem Parteitag auch der Machtkampf bei der NPD eskaliert.

Im NPD-Rechenschaftsbericht 2007 seien staatliche Mittel falsch ausgewiesen worden. Angaben zum Parteivermögen seien fehlerhaft gewesen und sonstige Einnahmen nicht erläutert worden. Gemäß Parteiengesetz betrage die Sanktion das Zweifache des den unrichtigen Angaben entsprechenden Betrages. Die Gesamtverpflichtung der NPD belaufe sich auf 2,5 Millionen Euro.

Die erste Abschlagszahlung betrug 304.832 Euro. Die Zahlung dieses Betrags aus der staatlichen Parteienfinanzierung wurde von der Bundestagsverwaltung gestoppt. Über einen Eilantrag der NPD auf Auszahlung verhandelt das Verwaltungsgericht Berlin.

Die NPD wird seit Jahren von schweren Finanzskandalen erschüttert. Wegen falscher Spendenbescheide musste die Partei schon 2007 rund 870.000 Euro an den Bundestag zurückzahlen. Im September 2008 war der langjährige NPD-Bundesschatzmeister Erwin Kemna wegen Untreue zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Kemna wurde vorgeworfen, etwa 800.000 Euro von der NPD über Umwege an seine Privatfirma abgezweigt zu haben.

Die NPD zeigte sich nun selbst an. Der NPD-Parteivorstand hatte angegeben, dass Spendengelder in Höhe von rund einer Million Euro nicht mehr „auffindbar“ seien.

NPD-Sprecher Klaus Beier sagte: „Die NPD ist nicht pleite.“ Das weitere Vorgehen werde nach dem Prozess vor dem Berliner Verwaltungsgericht beraten. Dort will die rechtsextreme Partei in einem Eilverfahren die Auszahlung einer gestoppten Abschlagszahlung des Bundestages erreichen.

Neben den Finanzskandalen tobt in der NPD ein offener Machtkampf um die Führung. Der langjährige NPD-Vorsitzende Udo Voigt muss sich am Wochenende auf dem geplanten Sonderparteitag voraussichtlich einer Kampfkandidatur stellen. Der NPD-Fraktionschef im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, will ihn ablösen. Voigt wird parteiintern eine Mitverantwortung für die Spendenskandale zugeschrieben. Die erneute Strafzahlung dürfte seine Position nach Beobachtereinschätzung weiter verschlechtern.

Probleme hat die NPD auch noch mit der Saal-Wahl für ihren in Berlin-Reinickendorf geplanten Kongress. Das zuständige Berliner Bezirksamt will mit einem Eilantrag gegen die Extremistenversammlung im Nordenwesten der Hauptstadt vorgehen. Bis zu diesem Freitag will das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg entscheiden. NPD- Beobachter ließen Pläne aufhorchen, die Rechtsextremen wollten die Öffentlichkeit zumindest teilweise vor ihren erwarteten Parteitags- Kämpfen ausschließen.

Anlässlich des Bundesparteitags hat die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) alle Hoteliers und Gastronomen aufgerufen, den Teilnehmern keine Hotelzimmer oder sonstigen Serviceleistungen zu gewähren. Es könne den Beschäftigten in Hotels und Restaurants keinesfalls zugemutet werden, „Nazis zu bedienen“, sagte NGG-Sprecher Sebastian Riesner.

Bosbach erwartet Auswirkungen für Verbotsverfahren

Voigt hatte Anfang März freimütig erkennen lassen, dass seiner Organisation das Wasser bis zum Hals steht. Auch laut Pastörs ist die „Kriegskasse“ leer. Nach Angaben aus Sicherheitskreisen irrt die NPD in einem Finanzchaos umher. Spätestens seit 2007 steht die Partei vor leeren Kassen.

Auch strategisch steckt die NPD in einem Dilemma zwischen bürgerlichem Rechtskonservatismus und gewaltbereiten Kameradschaften. Der niedersächsische Vize-Landesvorsitzende Andreas Molau wollte die NPD für Wähler öffnen, die mit Neonazi-Attacken nichts zu tun haben wollen. Nach internen Attacken zog er seine Kandidatur für das Amt des Bundesvorsitzenden zurückgezogen.

Unions-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach (CDU) erwartet Auswirkungen der Strafzahlung auf die Debatte über ein erneutes Verbotsverfahren. Am elegantesten wäre es, wenn sich die Partei mangels Masse selber erledigen würde, sagte Bosbach der „Saarbrücker Zeitung“. Die SPD hatte ihre Forderung nach einem NPD-Verbot zuletzt erneuert.

In Deutschland finanzieren sich die Parteien hauptsächlich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Steuergeldern. Die im Parteiengesetz geregelte Obergrenze für die staatliche Parteienfinanzierung liegt bei rund 133 Millionen Euro jährlich. Die Zuweisungen für die einzelnen Parteien richten sich nach ihrem Abschneiden bei Wahlen.

Um von der staatlichen Förderung zu profitieren, muss eine Partei bei der letzten Bundestags- und Europawahl mindestens 0,5 Prozent und bei einer der letzten Landtagswahlen mindestens ein Prozent der gültigen Stimmen erhalten. Für jede Zweitstimme bekommen Parteien dann

70 Cent. Dazu kommen 38 Cent aus staatlichen Mitteln für jeden Euro, den Parteien aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden einnehmen.

Nach Angaben der Länderinnenminister finanziert sich die NPD zu 40 Prozent aus Mitteln des Staates, den sie heftig bekämpft. Im Jahr 2006 beliefen sich ihre Ansprüche aus der Parteienfinanzierung auf über 1,3 Millionen Euro. Die hoch verschuldete rechtsextreme Partei hat kaum Bargeldbestände und ist deshalb auf Spenden und staatliche Gelder angewiesen.